

**Tabelle 12: Entwicklung der öffentlichen Verschuldung nach Sektoren 2005 bis 2009**

	Bundesebene		Landesebene (ohne Wien)		Gemeindeebene (mit Wien)		Sozialversiche- rungsträger		Staat	
	Mrd EUR	% des BIP	Mrd EUR	% des BIP	Mrd EUR	% des BIP	Mrd EUR	% des BIP	Mrd EUR	% des BIP
2005	142,3	58,2	6,9	2,8	4,8	2,0	1,8	0,7	155,8	63,7
2006	145,2	56,4	7,7	3,0	4,8	1,8	1,9	0,7	159,5	62,0
2007	146,6	54,1	8,3	3,0	4,8	1,8	1,4	0,5	161,0	59,4
<b>2008<sup>1)</sup></b>	<b>160,6</b>	<b>56,9</b>	<b>9,2</b>	<b>3,3</b>	<b>4,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	<b>0,6</b>	<b>176,4</b>	<b>62,5</b>
2009 <sup>2)</sup>	174,2	62,2	10,4	3,7	5,3	1,9	2,1	0,7	191,9	68,5

1) Vorläufige Daten.

2) Budgetäre Notifikation und BMF-Schätzung vom April 2009).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: April 2009); WIFO-Quartalsrechnung (BIP; Stand: Juni 2009).

bzw. Forderungen zwischen den Subsektoren um beinahe 2,5 Mrd EUR zu und erreichten die Höhe von 7,5 Mrd EUR oder 2,7% des BIP.

Der Vergleich des gesamtstaatlichen Defizits 2008 in Höhe von 1,1 Mrd EUR mit dem Zuwachs der öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht in Höhe von 15,4 Mrd EUR zeigt 2008 eine sehr hohe Diskrepanz von mehr als 14 Mrd EUR oder 5,1% des BIP, die in erster Linie auf nicht defizitwirksame Schuldaufnahmen des Bundes im Rahmen des Bankenpakets zurückzuführen ist. Die **Stock-Flow-Adjustments**<sup>49</sup> auf **Bundesebene** beliefen sich 2008 auf mehr als 12 Mrd EUR. Erstens waren zusätzliche Schuldaufnahmen von 8 Mrd EUR erforderlich, um für die beschlossenen **Hilfsmaßnahmen** des Bundes zur Rekapitalisierung der Banken (Gewährung von Darlehen, Erwerb von Gesellschaftsanteilen in Höhe von bis zu 15 Mrd EUR) gerüstet zu sein. Zweitens verringerte sich der **Eigenbesitz** stärker als die Zunahme der **subsektoralen Nettoforderungen** im Jahresabstand, wodurch sich der Schuldenstand um etwa 3,0 Mrd EUR erhöhte.<sup>50</sup> Darüber hinaus waren **buchhalterische Wechselkursverluste** von netto 1,3 Mrd EUR zu verzeichnen, die ebenfalls den Schuldenstand erhöhten. Die ansteigende Verschuldung der **Länderebene** (+0,9 Mrd EUR) sowie der nahezu konstante Schuldenstand der **Gemeindeebene** (+0,1 Mrd EUR) bei gleichzeitig realisierten Budgetüberschüssen in Höhe von jeweils +0,3 Mrd EUR dürften in erster Linie auf **Maßnahmen im Vermögensbereich** zurückzuführen sein. Traditionell werden seitens der Länder (einschließlich Wien) Darlehen an den privaten Sektor gewährt (Wohnbauförderungsdarlehen an private Haushalte, Darlehen an ausgegliederte Einheiten), die – sofern sie nicht durch Veräußerungserlöse<sup>51</sup> oder Rücklagenentnahmen kompensiert werden konnten – den Schuldenanstieg der Landesebene und Wien erklären. Im Berichtsjahr bewirkte u. a. die Aufstockung der Mittel des Salzburger Landeswohnbaufonds, der im Jahr 2006 zur Umstellung der Salzburger Wohnbauförderung von Annuitätzuschüssen auf Landesdarlehen gegründet wurde, einen Anstieg der Verschuldung um 0,4 Mrd EUR. Insgesamt betragen 2008 die sogenannten Stock-Flow-Adjustments der Länder- und Gemeindeebene nach vorläufigen Ergebnissen 1,7 Mrd EUR oder 0,6% des BIP.

### 3.4.2 Gläubigerstruktur der öffentlichen Verschuldung laut Maastricht

Das Gesamtbild der Gläubigerstruktur der Staatsschuld wird sehr stark von der Gläubigerstruktur der Bundesschuld mit einem Anteil von über 90% der öffentlichen Verschuldung und den Rahmenbedingungen seit der Verwirklichung der WWU dominiert. Die Verschmelzung der nationalen Finanzmärkte im

49 Stock-Flow-Adjustments ergeben sich durch nicht defizitwirksame Transaktionen im Sinne des ESVG 95 (Vermögenstransaktionen oder Rücklagenbewegungen), durch intergovernmentale Veranlagungen, die den Schuldenstand verringern, durch zeitliche Abgrenzungsunterschiede zwischen dem Defizit und dem Schuldenstand sowie durch Wechselkursschwankungen hinsichtlich der Fremdwährungsschuld.

50 Schuldreduzierend wirkte sich der sukzessive Abbau von Finanzierungen von staatsnahen Unternehmen aus (Finanzierungen für Dritte, die dem Unternehmenssektor zuzurechnen sind), der hier ebenfalls berücksichtigt wurde.

51 Bis zum Jahr 2006 spielten Erlöse durch Vermögensübertragungen an LIGs, die per Stichtag 31.12.2006 im Burgenland, in Kärnten, in Nieder- und Oberösterreich, in der Steiermark sowie in Vorarlberg existierten, eine bedeutende Rolle: Zwischen 2001 und 2006 erreichte das Übertragungsvolumen insgesamt rund 1,5 Mrd EUR. Diese Erlöse erhöhen den Budgetüberschuss der Landesebene nicht, da die LIGs Teil des Subsektors Landesebene sind. Bei den LIGs wird aber der Liegenschaftserwerb teilweise in Form von Schuldaufnahmen finanziert, was den öffentlichen Schuldenstand erhöht.

Euroraum ging einerseits mit einer Diversifizierung der Veranlagungsportefeuilles innerhalb der Eurozone einher und wirkte sich andererseits auch auf die Debt-Management-Ausrichtung des Staates (insbesondere des Bundes) aus. Die Marktgegebenheiten im Euroraum sprachen für eine Konzentration der Finanzierungen auf handelbare Schuldformen (Anleihen, Schatzscheine) und für eine Verbreiterung des Investorenkreises durch ein internationales Bieterkonsortium.

In den zehn Jahren des Bestehens der WWU erhöhte sich der Anteil der **Auslandsverschuldung** von 48% (Ende 1999) auf mittlerweile knapp 82% per Jahresultimo 2008. Diese Verschiebung der Gläubigerstruktur war im Wesentlichen auf den Kauf von **Bundespapieren** durch ausländische Investoren zurückzuführen. Der Bund deckte seinen Finanzierungsbedarf in sehr hohem Maß über die Emission von verzinslichen Wertpapieren, die zum Großteil von ausländischen Investoren (insbesondere des Euroraums) erworben wurden (siehe Kapitel 4). Die „zusätzlichen“ Wertpapieremissionen im vierten Quartal 2008, die vorsorglich zur Abdeckung des Finanzbedarfs aus dem Bankenpaket emittiert wurden, führten zu keiner wesentlichen Verschiebung in der Gläubigerstruktur des Staates.

**Tabelle 13: Gläubigerstruktur der öffentlichen Verschuldung laut Maastricht 2004 bis 2008 <sup>1)</sup>**

	2004		2005		2006		2007		2008	
	Mrd EUR	Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %	Mrd EUR	Anteil in %
Monetäre Finanzinstitutionen	22,0	14,8	20,6	13,2	19,4	12,2	17,1	10,6	15,9	9,1
Investmentfonds	10,0	6,7	10,5	6,7	8,6	5,4	6,6	4,1	6,9	4,0
Sonst. Finanzinstitute <sup>2)</sup>	8,8	5,9	7,5	4,9	6,7	4,2	6,0	3,7	5,5	3,2
<b>Finanzsektor</b>	<b>40,8</b>	<b>27,5</b>	<b>38,6</b>	<b>24,8</b>	<b>34,7</b>	<b>21,9</b>	<b>29,8</b>	<b>18,5</b>	<b>28,3</b>	<b>16,2</b>
Unternehmungen	0,9	0,6	0,8	0,5	0,3	0,2	0,3	0,2	0,7	0,4
Private Haushalte <sup>3)</sup>	0,9	0,6	0,7	0,4	0,9	0,6	1,2	0,7	2,9	1,6
<b>Privater Sektor</b>	<b>1,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,0</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>1,5</b>	<b>0,9</b>	<b>3,5</b>	<b>2,0</b>
<b>Inland</b>	<b>42,6</b>	<b>28,7</b>	<b>40,1</b>	<b>25,8</b>	<b>36,0</b>	<b>22,7</b>	<b>31,3</b>	<b>19,4</b>	<b>31,8</b>	<b>18,3</b>
<b>Ausland</b>	<b>106,1</b>	<b>71,3</b>	<b>115,3</b>	<b>74,2</b>	<b>122,8</b>	<b>77,3</b>	<b>129,9</b>	<b>80,6</b>	<b>142,3</b>	<b>81,7</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>148,7</b>	<b>100,0</b>	<b>155,4</b>	<b>100,0</b>	<b>158,8</b>	<b>100,0</b>	<b>161,2</b>	<b>100,0</b>	<b>174,1</b>	<b>100,0</b>

1) Ohne Berücksichtigung von derivativen Finanztransaktionen (Swaps).  
2) Versicherungen, Pensionskassen, OeNB und sonstige Finanzinstitute.  
3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quelle: OeNB; Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die hier präsentierten Ergebnisse nicht zur Gänze mit jenen in Tabelle 19 „Auslandsverschuldung des Bundes 2004 bis 2008“ (Abschnitt 4.1.1) vergleichbar sind. Die in diesem Abschnitt ausgewiesenen Quoten (Tabelle 13) werden auf Basis des **konsolidierten** Schuldenstandes des gesamten Staatssektors (inkl. Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) gemäß Maastricht **vor Swaps** berechnet. Die Konsolidierung hat zur Folge, dass der Besitz eigener Schuldtitel (Bund) durch den öffentlichen Sektor ebenso wie Kreditgewährungen innerhalb der einzelnen Subsektoren des Staates außer Betracht bleiben, die – bei einer unkonsolidierten Darstellung – dem volkswirtschaftlichen Sektor Inland zuzuordnen wären.<sup>52</sup>

Auf **Länder- und Gemeindeebene** spielt der Anteil der titrierten Verpflichtungen an der Gesamtverschuldung im Gegensatz zur Bundesebene eine sehr geringe Rolle. Per Jahresultimo 2008 betrug dieser Anteil nur knapp 10%, wobei sich die Wertpapieremissionen der Länder und Gemeinden auf wenige

<sup>52</sup> Die hier ausgewiesene Auslandsverschuldungsquote ist daher in der Regel höher als in Tabelle 19 (Abschnitt 4.1.1), die den Eigenbesitz des Bundes als Inlandsverschuldung verbucht.

Emittenten beschränkten (u. a. die Städte Linz und Graz, das Land Niederösterreich bzw. diverse sonstige Einheiten, die den Ländern zuzuordnen sind, wie z. B. Fonds und einzelne Landesimmobiliengesellschaften). Der geringe Anteil von Wertpapieremissionen an der Gesamtverschuldung bei diesen beiden Subsektoren dürfte auch damit in Zusammenhang stehen, dass für die Länder (einschließlich Wien) die Möglichkeit besteht, den Finanzierungsbedarf über den Bund in Form der sogenannten Rechtsträgerfinanzierung abzudecken, um die günstigeren Finanzierungsbedingungen des Bundes (Triple-A Rating, geringe Liquiditätsprämie) zu nutzen (Näheres siehe Kapitel 4).<sup>53</sup>

In den letzten vier Jahren gewährte die ÖBFA zusätzlich zu den **Rechtsträgerfinanzierungen** in größerem Umfang auch **kurzfristige Kredite** an die Sozialversicherungen (rund 1,7 Mrd EUR per Ultimo 2008) sowie an die Gemeinde Wien (rund 0,8 Mrd EUR per Ultimo 2008) bzw. in den vergangenen Jahren auch an diverse Bundesländer. Per Jahresultimo 2008 waren die Kreditgewährungen der ÖBFA an Länder und Gemeinden in Summe erstmals höher als die Kreditgewährungen der Banken an die Länder und Gemeinden im engeren Sinne (ohne Kreditgewährungen an marktbestimmte Betriebe der Länder und Gemeinden). Sozialversicherungen deckten ihren Finanzierungsbedarf per 31.12.2008 nahezu zur Gänze über diese kurzfristigen ÖBFA Kredite ab.

Bezüglich der öffentlichen Verschuldung aller gebietskörperschaftlichen Ebenen in Summe stellte Ende 2008 der österreichische **Bankensektor** weiterhin den bedeutendsten **inländischen Gläubiger** dar, wengleich dessen Gewicht abermals geringer wurde. Per Ende 2008 waren rund 9% der Verbindlichkeiten des Staates im Besitz dieses Sektors, während dieser Anteil im Jahr 1999 noch 27% betrug.

**Inländische Investmentfonds** hielten Ende 2008 nur mehr rund 4% der österreichischen Staatsschuld in Form von öffentlichen Wertpapieren in ihrem Besitz. Per Ende 1999 betrug diese Quote noch rund 13%. Die gesunkene Nachfrage der Investmentfonds nach österreichischen Staatspapieren dürfte daraus resultieren, dass durch die Verwirklichung des Euroraums dieser Markt als heimischer Kapitalmarkt genutzt und die Portefeuilles ohne Wechselkursrisiko diversifiziert werden konnten.

**Sonstige inländische Finanzinstitute** (Versicherungen, Pensionskassen, OeNB und sonstige Finanzinstitute) hielten rund 3% der Staatsschuld. Dabei handelte es sich vor allem um Darlehensvergaben von Versicherungen an den Bund bzw. um Wertpapiere im Besitz von Versicherungen.

**Private Anleger** (Unternehmungen und private Haushalte) hielten über direkten Wertpapierbesitz bzw. über den Besitz von Bundesschatzscheinen per Ende 2008 rund 2% (rund 3,5 Mrd EUR) der gesamten Staatsschuld und spielten für die Finanzierung des Staates weiterhin eine untergeordnete Rolle, wengleich deren Anteil gegenüber dem Jahresultimo 2007 um 1 Prozentpunkt stieg. Dieser Anstieg ist vor allem auf den Kauf von Bundesschatzscheinen von privaten Haushalten in Höhe von 1,1 Mrd EUR im vierten Quartal 2008 zurückzuführen, die diese Anlagemöglichkeit im Zuge der Finanzmarkturbulenzen als Substitut für Bankeinlagen verwendeten.

---

<sup>53</sup> Auch Gemeindefinanzierungen können indirekt über das jeweilige Bundesland in Form von Rechtsträgerfinanzierungen an das Land, das diese Mittel an die Gemeinden weiterleitet, durchgeführt werden.